

SITZUNG VOM

5. März 2007

PROTOKOLL

der 7. Sitzung

Datum: Montag, 5. März 2007
Zeit: 19.00 bis 20.50 Uhr
Ort: Singsaal Lättenwiesen
Vorsitz: Ratspräsidentin Regula Schmid-Fürst
Protokoll: Ratssekretär-Stv. Ueli Boetschi

Anwesend: 32 Mitglieder

Abwesend: Hans-Jürg Hildebrand (gesundheitliche Gründe)
Thomas Janser (private Gründe)
Beatrix Jud (Auslandsaufenthalt)
Alois Steiner (Ferien)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 6. Sitzung vom 4. Dezember 2006
3. Ersatzwahl des 2. Vizepräsidenten sowie eines Stimmzählers des Gemeinderates für den Rest des Amtsjahres 2006/2007
4. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern des Wahlbüros
5. Interpellation Amr Abdel Aziz (SP) und Mitunterzeichnende "Chancengleichheit - auch für die Schülerinnen und Schüler von Opfikon-Glattbrugg" - Begründung
6. Postulat Amr Abdel Aziz (SP) und Mitunterzeichnende "Wireless Opfikon - Ermöglichung eines kostenlosen Internetzugangs für die Bevölkerung von Opfikon-Glattbrugg nach dem Vorbild der Stadt St. Gallen" - Begründung
7. Postulat Haci Pekerman (SP) und Mitunterzeichnende "Überprüfung der Angemessenheit der 'geltenden' Geschwindigkeitsbeschränkungen in den Wohnquartieren von Opfikon-Glattbrugg" - Begründung
8. Weiterführung des Unterrichts in biblischer Geschichte an der Schule Opfikon
9. Erweiterung der Angebote "Elementare Mathematik" und "Logopädie" - Stellenbewilligung - Bereinigung Stellenplan Schule - Teilindexierung

SITZUNG VOM

5. März 2007

10. Bruttokredit von Fr. 1'350'000.-- für den Neubau eines Doppelkindergartens Halden
11. Bewilligung eines Kredites für die Prüfung und Vorbereitung eines Immobilienbeschaffungsmodells über "Public Private Partnership" in der Höhe von Fr. 210'000.--
12. Städtische Liegenschaften / Schulanlage Lättenwiesen - Projektgenehmigung und Bewilligung eines Kredites für den Bau eines Kompetenzzentrums mit 2. OG als Vollgeschoss an der Giebeleichstrasse im Betrag von Fr. 16'100'000.-- (Erweitertes Projekt)

1. Mitteilungen

1.1 Personelles**B5.1.3**

Ratspräsidentin Regula Schmid-Fürst begrüsst die beiden neuen Gemeinderatsmitglieder Amr Abdel Aziz (SP) und Carlos Martinez (CVP). Sie ersetzen die beiden zurückgetretenen Gemeinderatsmitglieder Susanna Scherer und Franziska Schwaighofer.

1.2 Abgesagte Sitzung des Gemeinderates vom 5. Februar 2007**B5.1.2**

Regula Schmid-Fürst, Präsidentin, orientiert über die Beweggründe, welche das Büro des Gemeinderates bewogen, die ordentliche Sitzung des Gemeinderates vom 5. Februar 2007 abzusagen. Gleichzeitig bedauert sie, dass verschiedene Organe ihrer Aufgabe zur Einreichung von entscheidungsreifen Geschäften nicht fristgerecht nachkamen. Dies führte zu einer unnötigen Belastung des Gemeinderats-Sekretariates und zur Ansetzung der ursprünglich nicht vorgesehenen heutigen Sitzung.

2. Protokoll der 6. Sitzung vom 4. Dezember 2006

Korrektur auf Seite 76, Punkt 5, erste Zeile: Korrekt handelt es sich um die Sprecherin der RPK und nicht der GPK. Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Ersatzwahl des 2. Vizepräsidenten sowie eines Stimmenzählers des Gemeinderates für den Rest des Amtsjahres 2006/2007**B5.1.3**

3.1 Geheime Ersatzwahl des 2. Vizepräsidenten für den Rest des Amtsjahres 2006/2007

Die Interfraktionelle Konferenz, vertreten durch Tony Steiner (CVP), schlägt vor:

- Beat Altorfer (EVP)

SITZUNG VOM

5. März 2007

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Die geheime Wahl ergibt:

Zahl der Anwesenden	32
Eingegangene Wahlzettel	32
Abzüglich leere Wahlzettel	1
Abzüglich ungültige Wahlzettel	0
Massgebende Zahl der Wahlzettel	31
Absolutes Mehr	16
Gewählt ist Beat Altorfer mit Stimmen	30
Vereinzelte	1
Total	31

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Beat Altorfer
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei

3.2 Ersatzwahl eines Stimmzählers des Gemeinderates für den Rest des Amtsjahres 2006/2007

Die Interfraktionelle Konferenz, vertreten durch Tony Steiner (CVP), schlägt vor:

- Carlos Martinez (CVP)

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Der Vorgeschlagene wird von der Ratspräsidentin als gewählt erklärt.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Carlos Martinez
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei

4. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2006/2010

B5.1.3

Offene Ersatzwahl von zwei Mitgliedern des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2006/2010

Die Interfraktionelle Konferenz, vertreten durch Tony Steiner (CVP), schlägt vor:

- Ruedi Anliker (SVP)
- Viviane Ehrensberger (SP)

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Die Vorgeschlagenen werden von der Ratspräsidentin als gewählt erklärt.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Ruedi Anliker
- Viviane Ehrensberger
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei

5. 'Chancengleichheit - auch für die Schülerinnen und Schüler von Opfikon-Glattbrugg' - Interpellation Amr Abdel Aziz (SP) Begründung

S1.9.2

Amr Abdel Aziz (SP) begründet die Interpellation, welche die Chancengleichheit auch für die Schülerinnen und Schüler von Opfikon-Glattbrugg zum Inhalt hat.

Insbesondere sind ihm folgende Punkte ein Anliegen: Die Mittelschülerquote (MSQ) in Opfikon sollte nicht wesentlich vom entsprechenden Durchschnittswert im Kanton Zürich abweichen. Der Schulqualität muss Sorge getragen werden. Sie ist ein wesentlicher Standortvorteil. Weiter führt Amr Abdel Aziz aus, dass der Sozialindex aus seiner Sicht nicht die einzige Erklärung für die tiefe MSQ sein könne.

Der Stadtrat hat die Interpellation - gemäss Art. 47 der Geschäftsordnung - in- nert drei Monaten schriftlich zu beantworten.

6. 'Wireless Opfikon - Ermöglichung eines kostenlosen Internetzugangs für die Bevölkerung von Opfikon-Glattbrugg nach dem Vorbild der Stadt St. Gallen' - Postulat Amr Abdel Aziz (SP) und Mitunterzeichnende - Begründung **O1.9**

Amr Abdel Aziz (SP) begründet das Postulat, mit welchem der Bevölkerung von Opfikon-Glattbrugg ein kostenloser Wireless-Internetzugang ermöglicht werden soll.

Er erkennt darin einen umfassenden Nutzen für die Menschen in Opfikon; Einsparung von jährlich rund Fr. 500.-- und einen gewichtigen Standortvorteil. Mit einem solchen Angebot kann dem Fluglärm-Stempel unserer Stadt entgegengewirkt werden. Auch profitieren KMU von einem solchen Angebot. Zudem lässt sich der virtuelle Kontakt zwischen Bevölkerung und Behörden ausbauen und damit an Effizienz gewinnen. Das Wireless-Angebot in der Stadt St. Gallen hat im ersten Jahr Kosten von Fr. 94'000.-- und in den Folgejahren von Fr. 50'000.-- ausgelöst. Amr Abdel Aziz ist es ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass open source keinem politischen Muster folgt.

Der Stadtrat hat bis zur nächsten Sitzung bekannt zu geben, ob er bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Ein Ablehnungsantrag ist gemäss Art. 41 der Geschäftsordnung des Gemeinderates schriftlich zu begründen.

7. 'Überprüfung der Angemessenheit der "geltenden" Geschwindigkeitsbeschränkungen in den Wohnquartieren von Opfikon-Glattbrugg' Postulat Haci Pekerman (SP) und Mitunterzeichnende - Begründung **S4.4**

Haci Pekerman begründet sein Postulat, welches zu einer Überprüfung der Angemessenheit der "geltenden" Geschwindigkeitsbeschränkungen in den Wohnquartieren von Opfikon-Glattbrugg führen soll. Er verweist insbesondere auf ein Urteil des Obergerichts des Kantons Zürich. Darin wurde gegenüber dem unfallverursachenden Fahrzeuglenker festgehalten, dass - ungeachtet der Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 km/h - aufgrund der örtlichen Verhältnisse nicht mit mehr als 30 km/h hätte gefahren werden dürfen.

Haci Pekerman möchte nun vom Stadtrat erfahren, ob auf dem Stadtgebiet von Opfikon siedlungsorientierte Strassen liegen, die nicht schneller als mit 30 km/h befahren werden dürfen und deshalb die Signalisation zu ändern sei. Zudem bittet er um Prüfung, ob das bfu-Modell 30/50 in Opfikon einzuführen sei.

Der Stadtrat hat bis zur nächsten Sitzung bekannt zu geben, ob er bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Ein Ablehnungsantrag ist gemäss Art. 41 der Geschäftsordnung des Gemeinderates schriftlich zu begründen.

8. Weiterführung des Unterrichts in biblischer Geschichte an der Schule Opfikon S1.9.1

Die Sprecherin der GPK, Claudia Arnesson, erklärt dem Rat die Ausgangslage. Am 27. Februar 2006 hat der Bildungsrat die Absicht bekundet, an der Primarstufe ein neues, obligatorisches Fach "Religion und Kultur" einzuführen. Am 2. Oktober 2006 wurde der Lehrplan verabschiedet. Der Kantonsrat kann somit die Behandlung der Volksinitiative "Biblische Geschichte" wieder aufnehmen und über die Abstimmungsempfehlung zur Volksinitiative und zum Gegenvorschlag des Regierungsrates bestimmen. Falls er den Gegenvorschlag, nämlich die Einführung des neuen, obligatorischen Faches "Religion und Kultur" unterstützt, wird das Initiativkomitee seine Initiative höchst wahrscheinlich zurückziehen. In diesem Falle würde es nicht zu einer Volksabstimmung kommen. Bis zum definitiven Entscheid und zur eventuellen Einführung des Faches "Religion und Kultur" muss die Finanzierung des Freifaches "Biblische Geschichte" weiterhin über die Gemeinde sichergestellt werden.

Die GPK beantragt dem Gemeinderat mit 7:0 Stimmen, der Weiterführung des B-Unterrichts an der Primarstufe der Schule Opfikon - bis zur Einführung des neuen, obligatorischen Faches "Religion und Kultur" durch den Kanton - zuzustimmen und einen auf zwei Jahre befristeten Kredit von Fr. 127'500.-- (Basis: 40 Klassen) pro Jahr zu bewilligen.

Schulpräsident Hans Zolliker weist darauf hin, dass an der heutigen Sitzung sechs Geschäfte mit der Schule zu tun haben. Dabei gehe es nicht nur um Infrastruktur sondern auch um inhaltliche Qualitäten. Der Unterricht in biblischer Geschichte sei weit herum gut verankert. Trotz einer grossen Anzahl von Ethnien seien wenige Abmeldungen zum Unterricht zu verzeichnen. Die Auseinandersetzung mit der Religion sei wichtig.

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

8. Weiterführung des Unterrichts in biblischer Geschichte
an der Schule Opfikon

S1.9.1

Der Gemeinderat

- gestützt auf Art. 35, Ziff. 3, der Gemeindeordnung (GO) sowie aufgrund der Anträge des Stadtrates vom 31. Oktober 2006 und der Geschäftsprüfungskommission vom 18. Januar 2007 -

BESCHLIESST:

1. Der Weiterführung des B-Unterrichts an der Primarschule Opfikon wird zugestimmt. Der damit verbundene, jährlich wiederkehrende Kredit von Fr. 127'500.-- wird - bis zur Einführung des obligatorischen Faches "Religion und Kultur" - genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Reformierte Kirchenpflege
 - Katholische Kirchenpflege
 - Stadtrat
 - Schulpflege
 - Schulpräsident
 - Finanzverwaltung
 - Schulverwaltung
 - Gutsverwaltung Schule

9. Erweiterung der Angebote "Elementare Mathematik" und "Logopädie" - Stellenbewilligung - Bereinigung Stellenplan Schule - Teilindexierung **S1.9.2 / P1.9.4**

Die Sprecherin der GPK, Claudia Arnesson, erläutert dem Rat den Abschied der Geschäftsprüfungskommission. Dieser weicht im Bereich der Teilindexierung der Stellen der Verwaltung und Dienste (Schulverwaltung - ohne Verwaltungsleiter, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit) vom Antrag des Stadtrates ab. Es sei auf eine Teilindexierung in diesem Bereich zu verzichten.

Hans Zolliker erläutert die Rahmenbedingungen für den schulischen Stellenplan. Demnach ist der Normalunterricht vom Kanton Zürich definiert und schreibt den Gemeinden das Wesentliche vor. Der hohe Sozialindex kommt der Stadt in diesem Bereich zugute. Hans Zolliker nennt Eckwerte, welche die Aufteilung zwischen Kanton und Gemeinde aufzeigen. Demnach bestehen 84 kantonale Stellen, welche eine Lohnsumme von 9.3 Mio. Franken auslösen. Dieser Zahl stehen 9.18 Stellen für Logopädie/Psychomotorik entgegen, welche jährliche Lohnkosten von Fr. 912'000.-- verursachen. Die 13.5 Stellen im Bereich Verwaltung/Dienste führen zu Lohnaufwendungen von Fr. 1.2 Mio Franken pro Jahr.

Die Anträge des Stadtrates werden einzeln beraten bzw. verabschiedet.

1. Rückwirkende Erhöhung des Stellenplanes im Bereich "Logopädie" von 1.75 auf 2.7 Stellen

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

2. Anhebung des Stellenplanes im Bereich „Logopädie“ - gemäss vorliegendem Konzept der Schule - um 0,35 Stellen (10 Wochenlektionen)

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

3. Erweiterung des Stellenplanes im Bereich "Elementare Mathematik" um 0.25 Stellen (7 Wochenlektionen) auf 0.5 Stellen.

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

4. Gegenantrag der GPK: Die GPK beantragt dem Gemeinderat mit 4:3 Stimmen, den Antrag des Stadtrates zur Teilindexierung der Stellen der Verwaltung und Dienste (Schulverwaltung - ohne Verwaltungsleiter -, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit) bis ins Jahr 2012 gemäss der tatsächlichen Zahl der Kinder (Planzahl: 1800) abzulehnen.

Pia Bättig (GV) stellt zu Punkt 4 folgenden Antrag:

Nochmalige Unterteilung der Teilindexierung in 4a) Verwaltung (=Schulsekretariat) und 4b) Schulpsychologie und Schulsozialarbeit

Als Grund ihres Antrages erläutert sie zusammengefasst: In letzter Zeit häuften sich im Kanton Negativ-Schlagzeilen über Jugendliche. Seien es sexuelle Übergriffe, Raub, Mobbing, Brandstiftungen, Morddrohungen, Bestechungen. Auch Opfikon stand in den letzten Jahren schon im Rampenlicht der Kritik. Die Lehrerschaft in Opfikon-Glattbrugg arbeitet unter erschwerten Bedingungen. In vielen Familien zeigen sich immer mehr Probleme. Sei es durch Wohlstandsverarmung oder dadurch, dass das Erziehen von Kindern in der heutigen Zeit schlicht nicht mehr IN ist. Dieses Abbild der Gesellschaft führt dazu, dass Lehrer Erziehungsaufgaben übernehmen müssen. Die Schulsozialarbeit und die Schulpsychologie entlastet dabei sehr, womit sich die Lehrer dem wahren Auftrag, Wissen zu vermitteln, widmen können.

Pia Bättig befürchtet, dass der politische Weg für eine Stellenerhöhung lange ist. Die Schule muss jedoch schnell reagieren können, wenn sich massive Probleme mit schwierigen Schülern abzeichnen.

Aus diesem Grund möchte sie die Abstimmung zu Punkt 4 teilen in Verwaltung (dies auch im Hinblick auf die Einführung der Schulleitungen). Hier unterstützt Pia Bättig den Mehrheitsantrag der GPK, d.h. die Teilindexierung wird abgelehnt, und dem neuen Antrag, in dem wir über die Schulpsychologie und die Schulsozialarbeit abstimmen werden. Hier befürwortet sie den SR-Antrag.

Bei der anschliessenden Abstimmung lehnt der Rat den Antrag von Pia Bättig mit 17 zu 14 (bei einer Enthaltung) ab. Der Antrag der GPK wird in der Folge mit 25 zu 7 angenommen.

5. Die GPK beantragt dem Gemeinderat mit 4:3 Stimmen, die pädagogischen und therapeutischen Stellen (Logopädie Primarschule, Psychomotorik, Deutsch als Zweitsprache) bis ins Jahr 2012 gemäss der tatsächlichen Zahl der Kinder (Planzahl: 1800) zu indexieren. Die Freigabe der Stellen erfolgt durch die Schulpflege.

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

Bei der Schlussabstimmung wird die Gesamtvorlage mit 30 zu 1 (1 Enthaltung) angenommen.

9. Erweiterung der Angebote "Elementare Mathematik" und "Logopädie" - Stellenbewilligung - Bereinigung Stellenplan Schule - Teilindexierung S1.9.2 / P1.9.4
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf Art. 36, Ziff. 5, der Gemeindeordnung (GO) sowie aufgrund der Anträge des Stadtrates vom 17. Oktober 2006 und der Geschäftsprüfungskommission vom 12. Februar 2007 -

BESCHLIESST:

1. Der Stellenplan im Bereich "Logopädie" wird rückwirkend von 1,75 Stellen auf 2,7 Stellen angehoben.
2. Der - aufgrund der Kantonalisierung der Kindergärten - angepasste Stellenplan der Schule (Bereiche "Kindergarten", "Sprachheilkindergarten") wird bewilligt.
3. Der Stellenplan im Bereich "Logopädie" wird - gemäss vorliegendem Konzept der Schule - um 0,35 Stellen (10 Wochenlektionen) angehoben.
4. Der Stellenplan im Bereich "Elementare Mathematik" wird um 0,25 Stellen (7 Wochenlektionen) auf 0,5 Stellen erweitert.
5. Der vorliegende Stellenplan basiert auf 1'300 Schülerinnen und Schülern. Die Indexierung der folgenden Stellen bis ins Jahr 2012 gemäss der tatsächlichen Zahl der Kinder (Planzahl: 1'800) wird abgelehnt: Verwaltung und Dienste: Schulverwaltung (ohne Verwaltungsleiter), Schulpsychologie, Schulsozialarbeit; Pädagogische, therapeutische Stellen: Logopädie Primarschule, Psychomotorik, Deutsch als Zweitsprache.
6. Die indexierten Stellen im Bereich "Pädagogische, therapeutische Stellen" werden direkt durch die Schulpflege frei gegeben. Die Freigabe der Stellen im Bereich "Verwaltung und Dienste" wird von der Schulpflege beim Stadtrat beantragt.
7. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Schulpflege
 - Schulpräsident
 - Schulleitungen
 - Stadtkanzlei
 - Schulverwaltung

10. Bruttokredit von Fr. 1'350'000.-- für den Neubau eines Doppelkindergartens Halden L2.2.6

Josef Gander, Sprecher der RPK, erläutert den Abschied der Rechnungsprüfungskommission. Diese beantragt, das vorliegende Projekt mitsamt dem Kredit von Fr. 1'350'000.-- inkl. MWST für den Neubau eines Doppelkindergartens Halden zu genehmigen.

Werner Brühlmann erläutert den geplanten Bau. Es handle sich um einen einfachen Holzbau ohne Unterkellerung. Ursprünglich sei zudem die Anschaffung eines Occasionsbaus vorgesehen gewesen, welcher jedoch die geforderten Lärmdämmungswerte nicht erfüllte. Der Bezug sollte auf Beginn des Schuljahres 2007/08 möglich sein. Hans Zolliker ergänzt mit dem Hinweis, dass der geplante Bau die Erwartungen der Schule erfüllt.

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

10. Bruttokredit von Fr. 1'350'000.-- für den Neubau eines Doppelkindergartens Halden L2.2.6

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 19. September 2006 und der Rechnungsprüfungskommission vom 7. Februar 2007 - sowie in Anwendung von Art. 35 Ziff. 4 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Das Projekt für den Neubau eines Doppelkindergartens Halden und der entsprechende Kostenvoranschlag werden genehmigt sowie der erforderliche Bruttokredit von Fr. 1'350'000.-- inkl. MWST bewilligt.

2. Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Stadtrat
- Schärholzbau AG, Kreuzmatte 1, 6147 Altbüron
- Muri & Partner, Marcel Muri, Sihlstrasse 59, 8001 Zürich
- Büro für Bauökonomie AG, Zähringerstrasse 19, 6003 Luzern
- Sandra Stadelmann, Grätzlistrasse 60, 8152 Opfikon
- Isabella Frey, Glattwiesenstrasse 4, 8152 Glattbrugg
- Finanzvorstand
- Schulpräsident
- Schulverwaltung
- Finanzabteilung
- Liegenschaftenverwaltung

**11. Städtische Liegenschaften / Schultrakt Lättenwiesen L2.2.6
Bewilligung eines Kredites für die Prüfung und Vorbereitung eines
Immobilienbeschaffungsmodells über "Public Private Partnership"
in der Höhe von Fr. 210'000.--**

Roland Hüssy, Sprecher der RPK, erläutert den Abschied der Rechnungsprüfungskommission. Diese beantragt, für die Erarbeitung eines PPP-Modells für den Schultrakt Lättenwiesen einen Kredit von Fr. 210'000.-- zu Lasten Konto-Nr. 610.5030.135 zu bewilligen.

Werner Brühlmann, Finanzvorstand, führt dazu aus: Aus dem Gemeinderat wurde angeregt, dass für Grossbauten auch eine PPP Lösung in Betracht zu ziehen sei. Es besteht die Ansicht, dies sei effizienter und deshalb günstiger, als wenn die Stadt selbst baue und finanziere.

Vorabklärungen haben zu einem Erstkontakt mit der Firma pom+ Consulting AG geführt, die ihre Dienstleistungen für PPP-Projekte anbietet. Als mögliches Projekt ist das Kompetenzzentrum ausgewählt worden und pom+ hat ein mögliches Vorgehen mit einem Zeitplan und einer Aufwandschätzung offeriert. Das grundsätzliche Verfahren ist dem Gemeinderat am 2. Oktober 2006 vorgestellt worden. Aufgrund des weit fortgeschrittenen Projekts für das Kompetenzzentrum und voraussehbaren verfahrenstechnischen Problemen mit PPP hat der Stadtrat empfohlen, PPP erstmals für den Schultrakt anzuwenden. Dies auch im Hinblick auf die spätere Möglichkeit, dieses Gebäude effektiv in ein Dienstleistungsgebäude zurückzubauen, falls die Schülerzahlen nach Ablauf der verbindlichen Mietdauer reduziert wären. Trotzdem sollen auf dem Weg mit PPP mehrere Kontrollpunkte sein, die den vorzeitigen Abbruch ermöglichen, falls das Resultat der Zielsetzung nicht mehr genügen wird. Einen vorzeitigen Abbruch wird der Stadtrat dem Gemeinderat vorlegen.

Der Kredit sollte im positiven Fall bis zum Abschluss der Verträge mit einem Privaten ausreichen. Weil aber heute mehrere Unternehmen ihre Dienstleistungen mit PPP offerieren, wird der Stadtrat die Begleitaufgabe für das Schultrakt-PPP noch offiziell ausschreiben. Wenn der Gemeinderat verlangt, dass der Stadtrat für den Schultrakt das Vorgehen mittels PPP prüfen bzw. realisieren soll, so sollten die Parlamentarier dem Kreditantrag zustimmen.

Jörg Mäder (NIO@Grünliberale) hält einen Schulhausbau für ein PPP-Pilotprojekt als ungeeignet. Er wisse von PPP-Projekten, welche ein Parkhaus bzw. ein Museum zum Inhalt haben. Dort könne ein solches Vorgehen Vorteile haben. Er stellt die Frage in den Raum, wie ein Privater bessere Synergien bei einem einzelnen Schulhausbau erzielen könne als die öffentliche Hand. Er erinnert auch an sich wandelnde Erwartungen gegenüber einem Schulgebäude. Vor 30 Jahren habe man sich kaum vorstellen können, was heute erwartet wird. Jede Änderung müsste dann mit dem PPP-Auftragnehmer verhandelt werden. Damit wären wir Bittsteller. Er stellt daher namens der SP/NIO@Grünliberale-Fraktion einen Ablehnungsantrag.

Roland Hüssy ruft in Erinnerung, dass das Schulhaus Halden schon lange in Betrieb sei und die Bedürfnisse weiterhin abdecke. Er erinnert zudem an weitere grosse PPP-Projekte in Schlieren und Neuenburg. Heinrich Eberhard ergänzt, dass es schön gewesen wäre, wenn bereits das Kompetenzzentrum als PPP-Objekt hätte realisiert werden können. Den Befürchtungen von Jörg Mäder lasse sich mit vertraglichen Vereinbarungen begegnen, um nicht ausgeliefert zu sein. Wichtig sei auch, die Frage des Heimfalls zu regeln.

Bei der abschliessenden Abstimmung wird der Antrag der RPK mit 24 zu 8 Stimmen angenommen.

SITZUNG VOM

5. März 2007

11. Städtische Liegenschaften / Schultrakt Lättenwiesen L2.2.6
Bewilligung eines Kredites für die Prüfung und Vorbereitung eines Immobilienbeschaffungsmodells über "Public Private Partnership" in der Höhe von Fr. 210'000.--
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 5. September 2006 und der Rechnungsprüfungskommission vom 7. Februar 2007 - sowie in Anwendung von Art. 36, Abs. 1 Ziff. 9 der Gemeindeordnung

BESCHLIESST:

1. Der Erarbeitung eines PPP-Modells wird zugestimmt und das Vorgehenskonzept der Firma pom+Consulting AG vom 16. August 2006 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat die Erarbeitung des PPP-Modells für das Kompetenzzentrum aus Risiko- und Zeitgründen ablehnt.
3. Für die Erarbeitung eines PPP-Modells für den Schultrakt der Schulanlage Lättenwiesen wird zu Lasten von Konto Nr. 610.5030.135 ein Kredit von Fr. 210'000.-- (Kostendach) bewilligt.
4. Der Kreditbetrag von Fr. 210'000.-- ist im Voranschlag 2007 aufzunehmen.
5. Mitteilung an:
 - Stadtrat
 - pom+Consulting AG, Technoparkstrasse 1, 8005 Zürich
 - Rechnungsprüfungskommission (Präsident: Paul Remund, Vrenikerstrasse 31b, 8152 Opfikon)
 - e2a Eckert Eckert Architekten AG, Hardturmstrasse 76, 8005 Zürich
 - Mitglieder der Begleitkommission
 - Schulpräsident
 - Finanzvorstand
 - Schulverwaltung
 - Finanzabteilung
 - Liegenschaftenverwaltung

**12. Städtische Liegenschaften / Schulanlage Lättenwiesen L2.2.6
Projektgenehmigung und Bewilligung eines Kredites für den Bau
eines Kompetenzzentrums mit 2. OG als Vollgeschoss an der Giebel-
eichstrasse im Betrag von Fr. 16'100'000.-- (Erweitertes Projekt)**

Paul Remund, Präsident der Rechnungsprüfungskommission, erläutert dem Rat einige Informationen des Geschäftes und hält sich dabei weitgehend an den vorliegenden Abschied.

Werner Brühlmann führt aus: Der Stadtrat hat am 20. September 2005 dem Gemeinderat das erste Projekt für das Kompetenzzentrum Lättenwiesen beantragt. Darauf hat der Gemeinderat neben anderem verlangt, dass das Gebäude voll genutzt und mit einer Tiefgarage ergänzt werden soll. Dafür hat der Gemeinderat am 3. Juli 2006 einen Nachtragskredit gesprochen. Am 28. November 2006 hat der Stadtrat das ergänzte Projekt verabschiedet. Sowohl der Antrag des Stadtrates wie auch die Ausführungen der RPK sind so umfassend, dass an dieser Stelle auf das Projekt nicht mehr weiter einzugehen ist. Eine Diskrepanz besteht bei der Tiefgarage. Der Stadtrat hat aus Kostengründen und wegen der Zufahrtsrampe den Bau der Tiefgarage abgelehnt. Sie hat aber auch den Vorteil, dass damit das gesamte Gebäude unterkellert wird. Sofern der Gemeinderat an der Tiefgarage festhält, was mit dem Antrag der RPK zum Ausdruck kommt, so beträgt der zu bewilligende Kredit Fr. 16,82 Mio. Sollten der Rat heute einer der beiden Varianten zustimmen, so wird der Stadtrat an einer der nächsten GR-Sitzungen das ursprüngliche Projekt formell zurückziehen. Im Namen des Stadtrates beantragt Werner Brühlmann, dem Kredit für das Kompetenzzentrum ohne Tiefgarage im Betrag von Fr. 16.1 Mio. zu Handen der Volksabstimmung zuzustimmen.

Heinrich Eberhard erkundigt sich, ob der Stadtrat bezüglich Kompetenzzentrum einen Antrag (exkl. Tiefgarage) dem Stimmvolk vorlegen wird. Werner Brühlmann antwortet, dass der Stadtrat entsprechend dem Verlauf der Beratung im GR entscheiden wird.

Der Gemeinderat unterstützt in der anschliessenden Abstimmung den Antrag der RPK mit 28 zu 1 Stimmen (3 Enthaltungen). Bei der Schlussabstimmung wird der Kreditantrag für den Neubau inklusive Tiefgarage mit 32 zu 0 Stimmen bewilligt.

12. Städtische Liegenschaften / Schulanlage Lättenwiesen L2.2.6
Projektgenehmigung und Bewilligung eines Kredites für den Bau
eines Kompetenzzentrums mit 2. OG als Vollgeschoss an der
Giebeleichstrasse im Betrag von Fr. 16'100'000.-- (Erweitertes Projekt)
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 28. November 2006 und der Rechnungsprüfungskommission vom 7. Februar 2007 - sowie in Anwendung von Art. 36, Abs. 1 Ziff. 4 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Kredit für den Bau eines Kompetenzzentrums mit einem Vollgeschoss im 2. OG sowie der vollen Unterkellerung und den Ausbau einer Tiefgarage an der Giebeleichstrasse (erweitertes Projekt) im Betrag von Fr. 16'820'000.-- inkl. MWSt wird bewilligt.
2. Die Kreditsumme erhöht oder ermässigt sich im Rahmen der Baukostenentwicklung zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlages (Preisbasis April 2006) und der Bauausführung.
3. Der Kredit ist der Volksabstimmung vom 17. Juni 2007, gemäss Art. 8 Ziff. 3 GO, zu unterbreiten.
4. Mitteilung an:
 - Stadtrat
 - e2a Eckert Eckert Architekten AG, Hardstrasse 219, 8005 Zürich
 - Marcel Muri, Sihlstrasse 1, 8001 Zürich
 - Mark Schürmann, Büro für Bauökonomie, Zähringerstrasse 19, 6001 Luzern
 - Schulpräsident
 - Schulverwalter
 - Finanzvorstand
 - Schulverwaltung
 - Schulpflege
 - Finanzabteilung
 - Liegenschaftenverwaltung

SITZUNG VOM

5. März 2007

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Regula Schmid-Fürst macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 13. März 2007

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär-Stv.:

U. Boetschi

PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

SITZUNG VOM

5. März 2007

Protokoll geprüft:

Datum:

Die Präsidentin:

.....

Der 1. Vizepräsident:

.....

Der 2. Vizepräsident:

.....